



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/48

Hannover, 25. April 1949

Das Fazit

=====

Schr. Seit fast acht Monaten tagt in Bonn der Parlamentarische Rat, um ein Grundgesetz zu schaffen, das die Basis für eine staatliche Neuordnung Westdeutschlands sein kann. Oftmals wurden in dieser Zeit Termine für die Beendigung der Arbeit vorausgesagt und immer wieder erwiesen sich Prophezeiungen dieser Art als unrichtig. Jetzt lässt sich mit einiger Bestimmtheit sagen, dass das Grundgesetz etwa Mitte Mai verabschiedet werden wird.

Die Bevölkerung Westdeutschlands muss sich aber darüber im klaren sein, dass man an dieses Statut keine allzu hohen Erwartungen knüpfen darf. Es wird in jeder Weise ein Provisorium sein. Keine Partei jedoch kann von sich sagen, dass sie den durch die Londoner Empfehlungen abgesteckten Raum mit einer solchen Intensität und Standhaftigkeit zu Gunsten des Volksganzen begriffen und ausgenutzt hat wie die Partei mit der grössten politischen Tradition, die SPD. Aber fast alle Fraktionen des Bonner Rates, soweit sie ihre Aufgabe ernst nahmen, mussten ein hohes Mass von Verständigungsbereitschaft aufbringen, so dass die künftige Bundesregierung zwar nur in einem Behelfsheim, aber immerhin doch nicht in einem Kartenhaus sitzen wird, das beim ersten scharfen Windzug zusammenfällt. Aus dem Ergebnis der ersten interfraktionellen Besprechung geht hervor, dass der Bundesrat, das föderative Element, nicht mehr Kompetenzen haben wird, als er zum Bau eines föderativen Staates bedarf. Die Lösung des Finanzproblems, das nur im Zusammenhang hiermit bewertet werden kann, zeigt, dass die Zentralgewalt, Bundesregierung und Bundesparlament, über Vollmachten verfügt, die es ihr gestatten, ein gegen die Interessen des ganzen Volkes verstossendes Land zur Ordnung zurückzuführen. Man könnte die Arbeit des Parlamentarischen Rates als eine Generalprobe der neuen deutschen Demokratie ansehen, bei der die demokratischen Gedanken sich sowohl gegen undemokratische Elemente unter den deutschen Parteien als auch gegen Zwang von aussen durchsetzen muss. Es kann nicht bestritten werden, dass beide Momente nahe daran waren, das Werk zu zerstören.

Bei einer Beurteilung der Bonner Arbeit darf nicht übersehen werden, dass es in der Entwicklung der deutschen Demokratie eine zwölf Jahre währende Lücke gibt. Diese Lücke konnte nur von einer Partei überwunden werden, deren Gründungstermin weiter zurückreicht als drei Jahre. Die Verschiedenartigkeit der Elemente, die sich in der CDU/CSU zusammengeschlossen haben, machen den nicht immer klaren Kurs dieser Partei erklärlich. So hat z.B. die Bayern-Partei, die nicht einen einzigen Abgeordneten in den Parlamentarischen Rat entsenden konnte, dennoch einen Einfluss auf die Bonner Verhandlungen ausgeübt, der im starken Gegensatz zu ihrem politischen Gewicht steht. Und das nur deshalb, weil die CSU einen weiteren Wahler-schwund befürchtete, wenn sie sich in den Bonner Fragen nicht der Bayernpartei gleichgeschaltet hätte. Im Interesse der Parteeinheit hat dann die norddeutsche CDU Grundsätzen huldigen müssen, die ihr am Ausgangspunkt der Bonner Arbeiten fernlagen. So ist es auch verständlich, dass die CDU/CSU gegenüber den extrem-föderalistischen Forderungen der Alliierten weit nachgiebiger als die SPD war. Inzwischen jedoch mögen einige führende Köpfe der CDU/CSU eingeschaut haben, dass es für eine demokratische deutsche Politik unmöglich ist, ein gemeinsames Streben mit der Bayernpartei nach der partikularistischen Stogospolme durchzuhalten, ohne sich selbst aufzugeben.

Als einen der wesentlichen Erfolge der demokratischen Handlungsweise aber kann man es ansehen, dass aus den Interventionsbewegungen der westlichen Besatzungsmächte, bei denen die eine Seite nur fordern, und die andere nur nachzugeben hatte, ein Verhandeln zwischen Gesprächspartnern geworden ist. Den Unterschied zeigt ein Vergleich zwischen der ersten Note der Außenminister und dem letzten Memorandum. In dieser Atmosphäre kann dem künftigen Staatsprovisorium eine bessere Zukunft prophezeit werden. (the/254/2/he)

Österreichs Sozialisten fordern mehr Freiheit

(sp) Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat einen neuen Vorstoß zur Aufhebung der Besatzung Österreichs unternommen. In einer Resolution wird die Besatzung in ihrer jetzigen Form als untragbar bezeichnet und die Abschaffung des Internationalen Kontrollrates verlangt. Die Resolution führt zwölf Punkte an, wodurch die österreichische Souveränität beeinträchtigt wird und verlangt, dass jegliche fremde Einmischung in österreichische Angelegenheiten sofort aufhört, dass nur österreichische Gesetze in Österreich Anwendung finden, dass jegliche Post- und sonstige Zensur sofort aufgehoben wird, dass die Zonengrenzen abgeschafft werden, dass österreichische Staatsangehörige nur der österreichischen Jurisdiktion unterworfen und dass alle Besatzungstruppen auf ein Minimum reduziert werden. "Das österreichische Volk will frei sein und will als Gleichberechtigter unter Gleichberechtigten leben", heisst es abschliessend in der Resolution, die den Regierungen der vier Besatzungsmächte überreicht werden soll. (m/B65/254/2/he)

Stalins Zeitungen

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Seit 32 Jahren verfügt die kommunistische Diktatur über die russische Presse. Ihre Auflage ist während dieser Zeit auf 35 Mill. Exemplare gestiegen, das ist mehr als das Zehnfache der Zarenzeit, erreicht aber bei weitem noch nicht die Auflagenhöhe der West-Zeitungen. In der Sowjetunion kommt heute eine Zeitung auf je sechs Einwohner, in den USA auf je drei, in Schweden auf je zwei und in England sogar auf je 1,7 Einwohner. Es ist auch heute noch schwer, sich in Moskau und Leningrad eine Zeitung zu verschaffen, geschweige denn in den Provinzstädten. Die Menschen stehen Schlange vor den Kiosken und viele müssen oft mit leeren Händen fortgehen. Abonnements der grossen Moskauer Zeitungen sind begrenzt und hauptsächlich den Behörden und Organisationen reserviert.

Etwa 9.000 Zeitungen erscheinen in der Sowjetunion in 70 verschiedenen Sprachen, davon aber 70 Prozent in russischer Sprache. In Moskau wurden 40 Tageszeitungen gedruckt. Die wichtigsten sind die "Prawda" (Wahrheit), das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, und die "Iswestija" (Nachrichten), das Organ des Obersten Rates und der Regierung. Beide haben eine Tagesauflage von etwa 2,5 Mill. Die wichtigsten Ministerien haben eigene Zeitungen, unter ihnen ist die Armeezeitung "Krasnaja Swesda" (Der Rote Stern), die bedeutendste. Auch die Gewerkschaften haben eigene Tageszeitungen, von denen das Blatt der Gewerkschaftszentrale "Trud" (Arbeit) und die "Literaturnaja Găzeta" (Literarische Zeitung), das Blatt des Verbandes der Schriftsteller, die bekanntesten sind.

Die Provinzzeitungen veröffentlichen meistens täglich den Leitartikel des "Prawda" oder des kommunistischen Zentralorgans der eigenen Republik und fügen dann einige wenige lokale Informationen hinzu. Zwischen den Zeitungen gibt es im Grunde kaum einen Unterschied. Die Leitartikel behandeln die gleichen Themen des Sowjetlebens und dazu noch meist an demselben Tag. Ab und zu kommt in einem sehr bescheidenen Masse eine gewisse Unterschiedlichkeit im Tone vor: die "Literaturnaja Gazeta" und der "Trud" werden am häufigsten dazu ausersehen, schriftliche Angriffe gegen die ausländischen Regierungen zu machen. Formell trägt dafür weder die Sowjetregierung, noch die Parteileitung die Verantwortung. Faktisch ist es nur eine Verteilung der Propaganda.

Die Moskauer Blätter erscheinen nur mit vier Seiten und beginnen mit einem zweiseitigen Leitartikel, der ausnahmslos den inneren Fragen Russlands gewidmet, belehrend, gleichförmig und schwer verdaulich ist. Auf dem rechten Teil der ersten Seite findet man stets zwei oder drei Spalten gefüllt mit Begrüssungsschreiben an Stalin. Sie tragen tagein, tagaus die gleichen Anschriften und werden von den verschiedenen Faktoren an den "genialen Führer, Lehrer und Vater" gerichtet. Meist melden sie die vorzeitige Erfüllung des Produktionsplanes. Der

Rest der ersten Seite ist Nachrichten aus den verschiedenen Gebieten Russlands, über Neubauten, neue Produktionsrekorde, Tagungen und Feste der Sowjetorganisationen gewidmet. Auf der zweiten Seite werden Korrespondenzen und kleinere Artikel, teilweise mit "Selbstkritik" an den lokalen Behörden veröffentlicht. "Unterm Strich" findet man einen ideologischen oder dogmatischen Artikel. Erst auf der dritten Seite beginnen die Auslandsnachrichten. Dem Leser soll täglich die Auffassung beigebracht werden, dass es nichts Wichtigeres gibt als die inneren Angelegenheiten Sowjetrusslands. Dabei besteht auch die Aussenpolitik meist aus spaltenlangen Reden der Sowjet-Diplomaten auf internationalen Tagungen. Die vierte Seite ist ebenfalls Auslands-Telegrammen gewidmet. Hinzu kommen noch kurze Sport- und Theatermeldungen, sowie einige ganz kleine Annoncen. Unterhaltungsstoff fehlt gänzlich. Bilder werden sehr sparsam gezeigt. Nachrichten über Unfälle, Raub, Diebstähle, sowie Gerichtsverfahren werden prinzipiell nicht publiziert, abgesehen von Schauprozessen.

Der Inhalt der Sowjetpresse ist ganz dem Propagandacharakter der Sowjetregierung angepasst: er soll der besseren Durchführung des Fünfjahresplanes dienen. Selbst Ausländer sollen durch Auswahl und Aufmachung die Leser in der von der Regierung gewünschten Richtung beeinflussen. Einzige Informationsquelle ist die Agentur TASS, die offizielle staatliche Nachrichtenagentur. Eigene Auslandskorrespondenten dürfen die Sowjetzeitungen nicht mehr halten. Die bedeutungslosen Reden eines schwedischen, schweizerischen oder österreichischen Kommunistenführers werden in der "Prawda" zweiseitig referiert und als ein wichtiges Ereignis dargestellt. Die Sowjetleser erfahren nicht, was das Ausland faktisch meint, dagegen wird ihnen suggeriert, dass die Aussenpolitik der Sowjetunion in der ganzen Welt von breiten Kreisen der verschiedenen Völker lebhaft unterstützt wird.

Der russische "Goebbels" ist der 47-jährige Michael Suslow (seit 1947), er ist Leiter des "Agitprops", das ist das Departement für Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der Partei. Suslow gehört zur neuen Generation des Bolschewismus und ist nur einmal wenige Tage im Ausland gewesen. Seit 1948 ist er auch Mitglied des Politbüros und einer der Sekretäre der Partei.

Neben der Zensurstelle der Partei werden die Zeitungen noch von der staatlichen Zensur, vom Glawlit, vorzensuriert. Die Beamten des Glawlit arbeiten in den Redaktionen, ohne ihren Stempel kann keine Zeitung erscheinen. Die dritte Überwachungsstelle ist die Presseabteilung des Staatssicherheitsministeriums (MGB, früher GPU). Ihre Aufgabe ist die geheime Überwachung sämtlicher Redakteure und Autoren. Das MGB hat dicke Mappen mit allen möglichen Angaben über jeden russischen Journalisten. Ohne ihre Zustimmung kann kein Redakteur angestellt oder befördert werden. Technisch steht die Sowjetpresse stark unter dem Niveau ausländischer Zeitungen. Sie spiegelt die russische Wirklichkeit von heute wider: Unfreiheit und Rückständigkeit.

Zehn Millionen - eine Kleinigkeit?

F.W. Man hat noch den Ton der Entrüstung in den Ohren, den Professor Erhard anschlug, wenn in den ersten Wochen nach der Währungsreform auf die Währungsgewinne angesprochen wurde. Mit der Miene eines Mannes, für den eine derartige Frage schon kränkend ist, versicherte der Frankfurter Wirtschaftsdirektor wieder und wieder, dass die Erfassung der Währungsgewinne zu den selbstverständlichsten und vordringlichsten Obliegenheiten seines Amtes gehöre. Monate vergingen, und erst als die Arbeiten am Lastenausgleich in ihr entscheidendes Stadium traten, landete Direktor Erhard seinen ganz auf Wirkung berechneten Coup: Das Vorratsvermögen sollte mit einer Abgabe von 25 Prozent belegt werden. Man weiss, dass dieser Coup ein ausgesprochener Theatercoup war; denn eine derartige Abgabe von dem am Währungstichtag vorhandenen Vorratsvermögen liess sich überhaupt nicht durchführen.

Nun gibt es aber Währungsgewinne, die sich schwarz auf weiss beweisen lassen, bei denen man sogar den feinen Trennungsstrich zwischen Zufall und Spekulation ziehen kann. Wir meinen die Steuerbanderolen für Tabakerzeugnisse. Von diesen Steuerzeichen hatten die Tabakhersteller und Tabakgrosshändler in kluger Voraussicht kommender Dinge kurz vor der Währungsreform beträchtliche Mengen eingekauft. Es wurde ihnen dann gestattet, die Reichsmark-Banderolen zum gleichen Nennwert in DMark zu verwenden. Das nennt man ein Geschäft!

Man kann der Verwaltung nicht den Vorwurf machen, dass sie in dieser Angelegenheit ganz müssig gewesen wäre. Angriffe in der Presse hat sie zum Anlass genommen, die Betriebe in der Bizone zu überprüfen. Das Ergebnis: bei sämtlichen Tabakherstellern war am 21. Juni 1948 ein Warenvorrat von einem Steuerwert von 41.123.000 DM vorhanden. Der grösste Anteil entfällt mit 28.251.000 DM auf Zigaretten, während die Beträge für Zigarren 7.500.000 DM und für Tabak 2.800.000 DM ausmachen. Der Rest verteilt sich auf andere Tabaksorten. Selbst wenn man der Tabakindustrie eine berechnete, zu allen Zeiten üblich gewesene Lagerhaltung zugesteht, bleibt nach Ansicht der behördlichen Fachleute ein Währungsgewinn von mindestens zehn Millionen DMark bestehen. Das ist ein rundes Geschäft.

Der Finanzausschuss des Wirtschaftsrates, dem diese Angelegenheit von der Finanzverwaltung vorgebracht wurde, liess sich überzeugen, dass zwischen diesen Währungsgewinnen und denjenigen, die in anderen Industriezweigen erzielt wurden, prinzipiell kein Unterschied besteht. Von dieser tieferschürfenden Einsicht aus war es für die christlich-demokratische Mehrheit des Finanzausschusses nur noch ein kleiner Schritt zu dem Entschluss, gegen eine "Sonderbehandlung" zu plädieren. Diese Sonderbehandlung hätte darin bestanden, hier zum erstenmal den Hebel anzusetzen, um einen millionenfachen Spekulationsgewinn einzuziehen. Aber wir verstehen, dass wäre ungerecht gewesen gegenüber den anderen Währungsgewinnlern, die sich immer noch in der Sonne Erhard'scher Wirtschaftsfreiheit baden. (b/Blll/244/2/he)

Amerikanische Selbstkritik

(sp) Mit erfrischender Aufrichtigkeit gibt Walter Lippmann in "New York Herald Tribune" vom 22. April eine Bilanz der amerikanischen Aussenpolitik. Durch die Schaffung eines machtvollen Blocks als eines Gegengewichts gegen die Sowjetmacht habe sie, so meint er, Grosses geleistet und den Ausbruch eines blutigen Krieges unwahrscheinlich gemacht. Gänzlich versagt habe sie dagegen dort, wo sie sich in die inneren Verhältnisse fremder Länder eingemischt habe: in Deutschland, das er an erster Stelle nennt, aber auch in Japan, China, Griechenland, Iran und Korea. Militärregierungen in Deutschland, Japan und Korea mögen zeitweilig unvermeidlich sein; jetzt aber sei das Problem nicht, ob, sondern wie man sie wieder loswerden solle. "Wenn wir", so schreibt er weiter, "nach Deutschland, Japan, Griechenland gehen, um zu regieren, zu verwalten und Politik zu machen, begeben wir uns auf ein Gebiet, das unserer Erfahrung, unseren Gewohnheiten und Ideen fremd ist. Wir haben uns einzureden versucht, dass wir fremde Völker regieren, reformieren, zu Ebenbildern unserer selbst machen können - aber in Wirklichkeit glauben wir nicht, dass wir das können oder dass irgendein anderer das kann. Denn wir sind kein imperiales Volk mit der erfüllten Mission, fremde Völker zu regieren, und wenn wir so tun als wären wir es, machen wir Hackfleisch, weiss der Himmel! Auch den Tüchtigsten und Besten musste so gut wie gewiss der Erfolg versagt bleiben Manche versuchten es, aber sie kamen zurück mit dem Gefühl, dass das kein Geschäft für sie sei. Also überliessen sie es den Soldaten, die dazu kommandiert wurden und Zivilisten, die sich daheim ein gleiches Mass von Macht, Verantwortung und Vorrechten nie erträumt hätten."

"Nun", so schliesst Lippmann, "beginnt die Wahrheit durchzusickern, dass der Versuch misslungen ist, ein demokratisches Deutschland oder Japan zu schaffen, dessen Volk die Amerikaner liebt, bewundert und es ihnen gleich zu machen sucht, und diese Wahrheit ist heilsam." Denn sie werde helfen, den notwendigen Unterschied zu machen zwischen einer Politik der Friedenssicherung und der konstruktiven Weiterentwicklung der Welt auf der einen Seite und vergänglichen Militärregierungen, Interventionen und einem gewissen "Bestand-Imperialismus" auf der anderen.

F.St.

DIE IN EINER ARBEITSGEMEINSCHAFT BODENSEE zusammengefassten sozialistischen Jugendverbände der Schweiz, Österreichs und der an den Bodensee grenzenden deutschen Länder beschlossen auf einer kürzlichen Tagung in Lindau am Bodensee, im September in Lindau drei Zeltlager mit je eintausend Teilnehmern durchzuführen. Zwei Lager sind für Kinder und ein Lager für Jugendliche vorgesehen. In diesen Lagern werden Angehörige der sozialistischen Jugenderbziehungsbewegung aus der Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland teilnehmen.

Die Flüchtlingspolitik der SPD

(sp) Nach der kürzlich in Springe stattgefundenen Tagung der Flüchtlingsberater der SPD, an der auch Erich Ollenhauer teilgenommen hatte, gab der zweite Vorsitzende einem unserer Mitarbeiter Erklärungen zur Flüchtlingsfrage ab.

Die Gesamtlage sei besorgniserregend, sagte Erich Ollenhauer, besonders sollte der hohe Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosenziffern Bayerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins beachtet werden. Es gebe Gebiete, wo kaum 15 Prozent der Neubevölkerung bisher eine erträgliche Existenz gefunden hätte. Die Bilanz der bisherigen Eingliederungsversuche sei unbefriedigend, obwohl einzelne Länderregierungen ernsthafte Anstrengungen in dieser Richtung gemacht haben. Man dürfe aber auch die Auswirkungen der Frankfurter Wirtschaftspolitik nicht übersehen. Beim "freien Spiel der Kräfte" müssten die wirtschaftlich schwächsten Schichten zuerst unter die Räder kommen.

Auf die Frage, ob eine Besserung zu erreichen sei, wenn diese Fragen auf Bundesebene behandelt werden könnten, erklärte Ollenhauer: "Auch dabei kommt es entscheidend auf die Befugnisse des Bundes an. Es genügt nicht, ein solches Riesenproblem dem Bunde zu überantworten und ihm gleichzeitig die Mittel für tatkräftige Abhilfe zu verweigern."

Frage: "Sollten in dieser Frage nicht auch die Alliierten ein grösseres Verständnis zeigen?"

Ollenhauer: "Wir sind ganz entschieden der Meinung. Millionen darbender Flüchtlinge verstehen nicht, warum das Lastenausgleichsgesetz nun schon den fünften Monat auf die Genehmigung der zuständigen Militärregierungen warten muss. So ermutigt man die deutsche Selbsthilfe nicht. Der Ankündigung einer baldigen Entscheidung durch General Robertson müssen wir daher den dringenden Wunsch beifügen, dass der Charakter dieser Entscheidung nicht neue Verzögerungen bedeuten möge."

"Glauben Sie, dass die deutsche Selbsthilfe ausreichen wird?"

Ollenhauer: "Die SPD will in dieser so brennenden Frage jeden Wettlauf mit der Demagogie unverantwortlicher Kreise vermeiden. Nichts wäre für die Sache der deutschen Demokratie verhängnisvoller, als wenn die letzten Hoffnungen von Millionen entwurzelter Menschen zum Spielball politischer Eintagsinteressen missbraucht würden. Unsere Flüchtlingsexperten haben sich daher in Springe darauf geeinigt, zunächst jene Hilfsmassnahmen auszuarbeiten und zu koordinieren, welche nach dem Stande der deutschen Hilfsquellen und Vollmachten mit geringstem Zeitverlust realisierbar sind. Für ein solches Programm der realen Flüchtlingshilfe wird denn die SPD ihre volle Kraft einsetzen. Damit wollen wir auch den Durchbruch für die unentbehrliche internationale Hilfe schaffen."

Verantwortlich: Peter Raunau